

en zur Beurteilung von Methoden und Theorien verwiesen hätten, an denen man unterschiedliche Ansätze vergleichen kann und muss.

Das Lehrbuch von *Dehling* und *Schubert* bietet eine leicht verständliche und knappe Einführung in die „Ökonomische Theorie der Politik“. Es wird besonders den Bedürfnissen von Studierenden am Beginn des Studiums und Lehrenden in Einführungsveranstaltungen gerecht. Wer keine Einführung in die RC-Theorie sucht, sondern eine eingängige Darstellung der wichtigsten Gründungswerke der Neuen Politischen Ökonomie sucht, ist mit diesem Buch sehr gut beraten.

Sofie Jedinger

## Internationale Beziehungen

### Sammelrezension

Jeffreys, Elaine (Hg.). *China's Governmentalities. Governing Change, Changing Government*. London, New York. Routledge 2009. 178 Seiten. 100,49 €.

Leng, Tse-Kang, und Yun-Han Chu (Hg.). *Dynamics of Local Governance in China During the Reform Era*. Lanham et al. Rowman & Littlefield 2010. 319 Seiten. 80 \$/58,49 €.

Yu, Keping (Hg.). *Democracy and the Rule of Law in China*. Leiden, Boston. Brill 2010. 312 Seiten. 146 \$/103 €.

Yu, Keping (Hg.). *The Reform of Governance*. Leiden, Boston. Brill 2010. 491 Seiten. 224\$/158 €.

Zheng, Yongnian. *The Chinese Communist Party as Organizational Emperor*. London, New York. Routledge 2010. 251 Seiten. 33,99 €.

Die insgesamt fünf Bücher über China unterteilen sich in das Werk eines in Singapur lehrenden chinesischen Politikwissenschaftlers über die Rolle der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) als „organizational emperor“, zwei Bände herausgegeben von dem renommierten chinesischen Politikwissenschaftler *Yu Keping* über Demokratie und Herrschaft des Rechts in China sowie Reformen im Bereich Governance, und zwei weitere Sammelbände, davon einer zu „China's Governmentalities“, editiert von einer australischen Chinawissenschaftlerin, sowie einen weiteren zur Dynamik lokaler Governance in der Reformära, herausgegeben von zwei taiwanesischen Politologen.

Der Band von *Zheng Yongnian* versucht, die Rolle der KPCh als politisches Gebilde konzeptionell zu erklären und die kulturelle Dimension des politischen Wandels im Reformprozess zu erfassen. Mit Hilfe eines kultur-institutionentheoretischen Ansatzes will *Zheng* das Verhalten der KPCh analytisch erklären und verorten. Kultur wird dabei als „body of norms“ verstanden. Er entwickelt die These, dass die KPCh in Fortsetzung der dynastischen Tradition die Rolle eines „organisatorischen Imperators“ spiele. Basierend auf kulturellen und institutionellen Codes reguliere die KP das Verhalten der KP-Mitglieder und der Kader. Die Partei, so *Zheng*, sei das „transformierte Produkt“ chinesischer imperialer politischer Kultur. Wie die Herrscher verschiedener Dynastien sehe sich auch die KP als einzigen legitimen Herrscher. Daher lehne sie die Entstehung paralleler Machtstrukturen grundsätzlich ab. Rasche sozio-ökonomische Entwicklung diene dazu, neue Legitimität zu schaffen, stelle die KP jedoch vor neue Herausforderungen.

Zwar sei durchaus politischer Wandel erkennbar, präferiert werde aber ein gradueller Wandel. Das Paradox bestehe indessen darin, dass die KP zwar „westliche“ Demokratisierung ablehne, nicht aber demokratische Entwicklung *per se*. *Zheng* befasst sich mit Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen dynastischen Herrschaftsverhältnissen und der Elitenpolitik in Geschichte und Gegenwart. In der dominanten Rolle des Staates, dem Alleinvertretungsanspruch und der Hegemonisierung sozialer Gruppen durch die Herrschenden sowie der Elite-/Kaderauswahl erkennt er Ähnlichkeiten. Die Hegemonisierung bewirke unter anderem, dass derzeit weder die Parteimitglieder noch die Mittelklassen an einem Regimewechsel interessiert seien. Auch daraus beziehe der Parteistaat neue Legitimität. Unterschiede sieht er in dem Modernisierungsbestreben der politischen Eliten, der Rationalisierung des Staates sowie des Verhältnisses zwischen Staat und Partei und hinsichtlich einer Nachfolgeregelung für die Partei- und Staatsführung, die in den 1980er Jahren institutionalisiert worden sei. Die entscheidenden Differenzen finden sich seiner Meinung nach in zwei Dimensionen der Transformation der KP-Herrschaft: Erstens, im Wandel von „geschlossener und exklusiver Hegemonie“ hin zu „kompetitiver Oligarchie“. Dieser Wandel sei gekennzeichnet durch offenen Wettbewerb und Machtteilung zwischen Fraktionen, weitergehende Transparenz im Hinblick auf fraktionelle Interaktionen innerhalb der Parteiführung sowie ein größeres Maß an Partizipation für unterschiedliche soziale Kräfte. Auf Dauer werde der KP nichts anderes übrig bleiben, als den politischen Prozess auch für weitere Akteure zu öffnen.

Die KP werde zunehmend demokratische Strukturen in das Herrschaftssystem einbauen. Es sei jedoch kaum vorstellbar, dass sie einen genuinen Demokratisierungsprozess einleiten werde.

*Zheng* hat ein kenntnisreiches und anregendes Werk vorgelegt, das viel Stoff für das Verstehen der gegenwärtigen Beschaffenheit des politischen Systems und der KP bietet. Es gelingt ihm jedoch nicht, seine These, dass die KP als „organisatorischer Imperator“ die kulturelle und institutionelle Nachfolge der dynastischen Herrschaft angetreten habe, überzeugend zu verifizieren. Zwar wird deutlich, dass es signifikante Einflüsse der traditionellen politischen Kultur gibt, die in der Gegenwart fortwirken mögen, zugleich aber haben sich sowjetisch-leninistische Strukturen und „westliche“ politische Einflüsse mit den traditionellen Strukturen vermischt. *Zheng* ist Recht zu geben, dass sich Strukturen und Entwicklungen in China nicht immer mit „westlichen“ Kategorien und Analyseinstrumenten erfassen lassen. Es bleibt von daher eine wichtige Aufgabe der vergleichenden Politikwissenschaft und politischen Kulturforschung, Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die durchaus auch auf kulturellen Codes basieren, stärker in den Blickpunkt der Forschung zu nehmen.

Der von *Yu Keping* herausgegebene Band „Democracy and the Rule of Law in China“ beschäftigt sich von anderer Warte aus mit den Besonderheiten des politischen Wandels in China. *Yu* setzt sich ähnlich wie *Zheng* mit der Frage eines Demokratisierungsprozesses und der Rolle der Partei in diesem Prozess auseinander. Im ersten Kapitel erläutert er seine These von der Entwicklung einer „inkrementellen De-

mokratie“. Damit meint er, dass China sich graduell zu einer Demokratie entwickle. Dabei müsse es nicht notwendig zu einem Zusammenbruch des politischen Systems wie in der ehemaligen Sowjetunion kommen. Dieser Prozess vollziehe sich in mehreren Schritten: (a) in der Entwicklung demokratischer Verfahrensregeln im politischen und sozialen Leben; (b) in einer stärkeren Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen und von Bürgern; (c) in der Stärkung der Rolle des Rechts und der Unterordnung der KP unter das Recht; (d) in der Vorantreibung demokratischer Verfahrensweisen innerhalb der KP sowie der Ausweitung von Basisdemokratie; (e) ein Mandat für KP und Staat, ein demokratisches System aufzubauen. Die Verringerung zentralistischer Strukturen und die Pluralisierung des politischen Lebens könnten letztlich der Herausbildung demokratischer Strukturen förderlich sein. Bislang hinke die politische Pluralisierung weit hinter der ökonomischen Liberalisierung hinterher. Von daher komme es gegenwärtig primär darauf an, Strukturen von „good governance“ zu schaffen, als Voraussetzung für eine Fortentwicklung zu „democratic governance“. Auch wenn sich darin eine idealtypische Hoffnung ausdrücken mag, so entspricht diese Sichtweise gegenwärtig sowohl den Vorstellungen und Hoffnungen parteinaher wie auch kritischer chinesischer Intellektueller und Funktionäre. Wichtige politische Denker des 20. Jahrhunderts (unter anderem Liang Qichao, Sun Yat-sen, Deng Xiaoping sowie das Konzept des Neoautoritarismus) haben bereits ähnlich argumentiert, dass China sich auf Grund seiner komplexen Strukturen und vielschichtigen politischen Kulturen nur in einem allmähli-

chen Prozess zur Demokratie entwickeln und dass dieser Prozess nur top-down verlaufen könne.

Andere Beiträge in dem Band befassen sich mit den verschiedenen Typen und Spielarten von Demokratie und ihrer Anwendung auf China (*Gu Su*), der Frage eines chinesischen Modells von Demokratisierung (*He Zengke*), mit innerparteilicher Demokratie und politischer Entwicklung (*Hu Wei*), der möglichen Rolle des „Nationalen Volkskongresses“ (Parlament) in einem Demokratisierungsprozess (*Pu Xingzu*), den Governance Reformen und den Wahlen im ländlichen Raum (*Xu Yong*), der Dorfautonomie (*Bai Gang*), der Rolle eines Verfassungsstaates in China (*Li Buyun*), theoretischen Fragen einer Verfassungsreform (*Xia Yong*), der Einführung eines unabhängigen Rechts (*Ma Huaide* und *Deng Yi*) sowie der Rolle des Rechts in China im Zuge der Globalisierung (*Zhang Wenxian*). Besonders interessant ist ein Beitrag des 2010 verstorbenen Verfassungsrechtlers *Cai Dingjian*, der der These widerspricht, dass die chinesische Bevölkerung kein demokratisches Bewusstsein besitze. Vor allem im ländlichen Raum würde sich die Landbevölkerung in hohem Maße für die Dorfwahlen engagieren, und das Interesse sowohl der Stadt- wie der Landbevölkerung an kompetitiven und fairen Wahlen sei enorm.

Alle diese Beiträge sind in wissenschaftlichen Zeitschriften in China veröffentlicht worden und werden dort breit diskutiert. Die Publikation widerspricht damit auch der Auffassung, ein breiter Diskurs über Fragen der Demokratieentwicklung sei in China nicht möglich. Dieser Band sei besonders denjenigen zu empfehlen, die sich für die Diskussion über Demokratisie-

rungsprozesse unter chinesischen Intellektuellen interessieren.

Ein weiterer von *Yu Keping* editierter Band (*The Reform of Governance*) umfasst Beiträge wichtiger chinesischer Politikwissenschaftler. Es geht darin um Governance Reformen seit 1978, um Neuerungen im Wahlsystem, Partizipation, Verwaltungsreformen, die Entwicklung der Sozialpolitik und des Rechtswesens, Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der Regierungen, Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen, politische Transparenz und Machtbegrenzung. In dem Werk manifestiert sich der fortgeschrittene Diskurs von Intellektuellen innerhalb des Systems, die die Fortschritte und Defizite in einzelnen Politikfeldern darstellen und kritisch beleuchten. Leider fehlt ein einführender Beitrag, der die einzelnen Aufsätze in einen Kontext hätte stellen und zusammenführen können. Zudem ist die Argumentation der Beiträge ausgesprochen abstrakt, wodurch die Lesbarkeit erschwert wird. Von Nachteil ist auch, dass kein Unterschied zwischen den „rules in form“ und den „rules in use“ (Ostrom) gemacht wird, das heißt, dass nicht zwischen Ideal und Realität unterschieden wird. Sinnvoll wäre gewesen, wenn die Autoren neben den formellen auch die informellen Strukturen dargestellt hätten. Dies hätte mit Sicherheit zum besseren Verständnis der Governance Strukturen und ihrer Probleme beigetragen. Vielfach werden formelle Strukturen zum Beispiel von Partizipation, Recht, oder Verantwortlichkeit von informellen (wie sozialen Beziehungen, Korruption, Verhandlungen hinter den Kulissen) überlagert. Das Internet als wichtige Plattform des öffentlichen Raumes und der Partizipation oder verschiedene Protestformen als

Teil von Partizipation werden leider überhaupt nicht behandelt. Das Buch vergibt somit die Chance, tiefgehender über die Governance Problematik zu informieren. Wer jedoch mehr über die offizielle Sichtweise politischen und sozialen Wandels erfahren möchte, dem sei das Buch dennoch empfohlen.

Der von *Tse-Kang Leng* und *Yun-Han Chu* editierte Band befasst sich mit der Dynamik auf lokaler Ebene. Diese Dynamik ist erst in den letzten Jahren stärker in den Blickpunkt politikwissenschaftlicher Forschung gerückt. Wie die Herausgeber in der Einleitung erläutern, sollen die multiplen Facetten von „local governance und Demokratie in China“ herausgestellt werden (4). Während einige Beiträge enttäuschend sind, weil sie den (überholten) Stand der 1990er oder sogar der 1980er Jahre wiedergeben, tragen andere Aufsätze dazu bei, neuere Entwicklungen auf lokaler Ebene zu skizzieren. *Richard Madsen* zum Beispiel befasst sich mit religiösen Organisationen und lokaler Selbstverwaltung im ländlichen China. Er zeigt, dass solche Organisationen eine politische Funktion besitzen, die lokale Selbstverwaltung fördert und Parteikontrolle herausfordert. Sie treten in Wettbewerb mit lokalen Parteiorganisationen, indem sie bei Wahlen (Dorf- oder Gemeindewahlen) eigene Kandidaten aufstellen oder auf ihre Anhänger einwirken, bestimmte Kandidaten zu wählen. Das Wirken offizieller, anerkannter Religionsgemeinschaften (Buddhismus, Christentum, Konfuzianismus, Daoismus, Islam) spielt hierbei für den Staat eine weniger herausfordernde Rolle, weil er deren Organisationen weitgehend kontrolliert. Anders verhält es sich bei den informellen Solidargruppen wie der Untergrundkirche, Sekten, Heilsges-

meinschaften oder lokalen Tempelorganisationen. Diese sind eingebettet in lokale Netzwerke und Dorfgemeinschaften. Vor allem die Tempelvereinigungen spielen heute wieder eine herausragende Rolle in den Dörfern und Gemeinden. Sie besitzen moralische Autorität, definieren Normen und Regeln und setzen diese durch. Alle Anhänger haben sich an die entsprechenden Gemeinschaftspflichten und -regeln zu halten. Traditionelle Institutionen prägen und stärken von daher auch das Verantwortlichkeitsverhalten der Dorfkader, die sich diesen Normen, Regeln und Verpflichtungen nicht entziehen können. Von daher schaffen diese informellen Institutionen ein System der Kooperation und Verantwortlichkeit, das die Durchsetzung von Dorfinteressen begünstigt. Untersuchungen zeigen zugleich, dass funktionierende informelle Institutionen Regierungsperformanz verbessern und die Tätigkeiten formeller staatlicher Institutionen ergänzen.

Die lokalen Hauskirchen wiederum fungieren als lokale Netzwerke, die neue Anhänger rekrutieren, so dass sich ihr Einfluss zunehmend ausweitet. Religiöse Organisationen und Netzwerke im ländlichen Raum werden oft von charismatischen Führern geleitet. In der Regel fordern sie den Staat nicht direkt heraus, solange dieser sie toleriert. Diese Netzwerke vereinigen Verwandtschaft (Clan), ökonomische Unabhängigkeit (zunehmend Selbständige und Unternehmer als Aktivisten) und klientelistisches Verhalten in sich. Religiöse Organisationen unterscheiden sich je nach Örtlichkeit, Organisationsform, Lehre und Autoritätskonzept. Von daher gestalten sich die lokalen Einwirkungen auf politische Prozesse ganz unterschiedlich. *Madsen*

zufolge sind diese Organisationen Ausdruck der Selbstorganisation und -regulierung gesellschaftlicher Kräfte, die sich unabhängig vom Staat entwickeln. Dieser These ist zweifellos zuzustimmen. Zu bezweifeln ist indessen, dass sie – wie *Madsen* meint – in diesem Sinne bereits „demokratisch“ seien. Sie sind meist hierarchisch und autoritär strukturiert und verfolgen weitgehend religiös partikularistische Ziele.

*Yun-Han Chu* befasst sich mit der Einführung von semi-kompetitiven Wahlen auf Dorf- und Gemeindeebene und damit verbundenem politischem Wertewandel. Ähnlich wie *Cai Dingjian* (siehe oben) argumentiert er, dass sich die politischen Werte der Bürger in Richtung einer stärker demokratischen Orientierung verändert hätten. Er wählt dazu einen Vergleich zwischen der Volksrepublik, Hongkong und Taiwan. Im Sinne der Modernisierungstheorie vertritt er die Meinung, dass die Institutionalisierung demokratischer Rechte und Modernisierungsprozesse der Herausbildung eines demokratischen Bewusstseins und demokratischer Strukturen förderlich seien. Zwar bilde der Konfuzianismus ein ideologisches Hindernis für Demokratisierung, sein Einfluss werde jedoch durch Demokratisierungsprozesse geschwächt. Auf Grund gestiegener Bildung bilde sich vor allem unter der Jugend Chinas eine demokratische Kultur heraus. Methodisch stellt sich hier allerdings die Frage, welcher Personenkreis befragt wurde. Die Informationen über Details der Befragung sind leider sehr rudimentär. Im Hinblick auf Unterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung heißt es zum Beispiel lediglich, dass diese nicht sonderlich groß seien (142). Chinesische, „westliche“ und meine eigenen Unter-

suchungen in dieser Hinsicht verdeutlichen jedoch, dass die Unterschiede zwischen Stadt, Alters- und Berufsgruppen zumindest in der Volksrepublik China signifikant sind. Eine jüngere Untersuchung zweier in den USA lehrenden chinesischen Wissenschaftler (*Tianjian Shi* und *Jie Lu*, 2010) hat zwar ergeben, dass sich – ähnlich wie in China – ein hoher Prozentsatz für demokratische Verhältnisse ausspricht, zugleich aber ein nur unwesentlich geringerer Prozentsatz meint, solche Verhältnisse existierten bereits in China. Auf die Frage nach den Inhalten von Demokratie konnte indessen ein relativ hoher Prozentsatz keine Antwort geben, so dass sich die Frage stellt, ob dieses Bewusstsein tatsächlich „demokratisch“ genannt werden kann. Von daher sind im Hinblick auf die Ergebnisse von *Chu* Zweifel angebracht.

Weitere Beiträge in dem Sammelband befassen sich mit ländlicher Industrialisierung, zivilgesellschaftlichen Organisationen, NGOs und Zivilgesellschaft, sozialer Stratifikation, Konfliktlösungen in chinesischen Firmen, Geschäftsbeziehungen in einer südchinesischen Stadt und translokaler Interaktion zwischen der südchinesischen Provinz Guangdong einerseits sowie Hongkong und Macao andererseits. Die thematische Disparität der Beiträge bewirkt jedoch, dass der Leser keinen wirklichen Einblick in die Dynamik lokaler Governance erhält. Auch fällt die leichtfertige Verwendung der Begriffe „demokratisch“ und „Demokratie“ in den einzelnen Beiträgen auf, ohne dass die Herausgeber diese Begriffe wirklich definiert hätten.

Der Band „China’s Governmentalities“ befasst sich im Grunde mit einem spannenden Thema: der Anwendung des Foucaultschen Begriffs der Gouver-

nementalität auf einen autoritären Staat. Gemeint ist damit die Selbstregulierung der Subjekte einer Gesellschaft. Starke Staaten greifen nur selten zu Gewalt. Sie beeinflussen vielmehr Individuen, selbstbewusst an Staatsprojekten teilzunehmen, so dass die Bürger das Gefühl haben, die staatlichen Projekte seien ihre eigenen. Es handelt sich von daher um ein staatliches Instrument der Macht mit dem Ziel, Menschen zu leiten und zu formen. Zwar wird diese Begrifflichkeit in einem einleitendem Beitrag von der Herausgeberin und *Gary Sigley* erläutert und auf China bezogen, allerdings geht es in dem Band eher um die Frage der Verbesserung von Governance in verschiedenen Politikfeldern. Kaum ein Beitrag bezieht sich direkt auf das Konzept, so dass der Leser eine Vielzahl von Themen lose aneinandergereiht findet. Am ehesten findet sich ein (indirekter) Bezug zu Gouvernamentalität noch in dem Beitrag „Maoism and the structured intensities of revolutionary governmentality“ (*M. Dutton*), in dem die Auswirkungen der Mao’schen Massenkampagnen und die Politisierung des Alltags auf Mentalität und Denkstruktur der Menschen geschildert werden. Die Beiträge über die Verwaltung der Wanderarbeiter und deren wachsendes Selbstbewusstsein (*Feng Xu*), die Folgen des Modernisierungsprozesses in einem abgelegenen Siedlungsgebiet ethnischer Minderheiten (*Russell Harwood*), neue Governance Strukturen in urbanen Wohnvierteln (*David Bray*), umweltgerechter Städtebau (*Lisa Hoffman*), staatliches Religionsmanagement (*Susette Cook*) und „governing sexual health“ (*E. Jeffreys* und *Huang Yingying*) sind, jeder für sich genommen, durchaus interessant und von guter Qualität. Sie lassen

aber den direkten Bezug zum Generalthema des Buches und zum Foucaultschen Ansatz vermissen. Von daher bleibt die Aufgabe, diesen Ansatz durch eine andere Ausgestaltung der Analyse verschiedener Politik- und Gesellschaftsfelder für China stärker nutzbar zu machen.

Die besprochenen fünf Bücher sind nur ein winziger Ausschnitt aus der nahezu unüberschaubaren Diskussion über Chinas dynamische Entwicklung in den letzten Jahrzehnten. Sie haben sich aus unterschiedlicher Perspektive diesem Thema genähert und einzelne Facetten herausgegriffen. Ihnen gemeinsam ist die große Frage, inwiefern und auf welche Weise sich die politischen Strukturen verändern, ob und wie sich „Government“ zu „Governance“ entwickelt, ob auf Grund der politischen Kultur(en) und der regionalen und sozio-ökonomischen Vielfältigkeit des Landes nicht eher ein allmählicher, inkrementeller Prozess stattzufinden hat, und ob Demokratie (in welchem Sinne auch immer) eine Option für China sein kann. Im Prinzip sind alle Bände in dieser Hinsicht eher optimistisch.

Thomas Heberer

Keller, Patrick. *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik. Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush*. Paderborn. Ferdinand Schönigh Verlag 2008. 344 Seiten. 29,90 €.

Der Begriff „Neokonservatismus“ insbesondere im Rahmen amerikanischer Außenpolitik hatte ohne Zweifel seine Konjunktur während der Amtszeit George W. Bushs. Im Nachhall des Irak-Krieges und mit Blick auf die Tea-Party-Bewegung in den USA ist der

von *Patrick Keller* thematisierte Neokonservatismus jedoch auch unter dem jetzigen Präsidenten Barack Obama nicht minder aktuell.

Die Arbeit *Kellers* verfolgt zwei Stoßrichtungen: erstens die Analyse der Geschichte und intellektuellen Wurzeln des amerikanischen Neokonservatismus, und zweitens seine praktische Anwendung im Rahmen amerikanischer Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts. Demzufolge gliedert sich das Buch in zwei Blöcke: Während die Abschnitte I und II die theoretisch-ideologischen Grundlagen des Neokonservatismus zum Inhalt haben, setzen sich die Abschnitte III, IV und V mit der praktischen Anwendung neokonservativer Ideen während der Präsidentschaften von Ronald Reagan, George H.W. Bush und George W. Bush auseinander. Auf diese Weise verknüpft der Autor Theorie und Praxis einer Ideologie miteinander und gibt damit Einblick in die Wechselwirkung von Ideologie und Politik, was als herausragende Leistung dieser Arbeit zu betrachten ist.

Ogleich *Keller* selbst die Verknüpfung von Theorie und Praxis als Mittelpunkt seines Erkenntnisinteresses wählt, so sind seine Ausführungen zur Entstehungsgeschichte des Neokonservatismus dennoch so umfassend und gleichzeitig präzise, dass sie auch für sich stehen könnten. Anhand von Kurzportraits der wichtigsten Figuren, die zum Entstehen neokonservativer Ideen beitrugen, als auch der Darstellung entscheidender politischer Streitfragen sowie der Analyse der wichtigsten neokonservativen Texte zeichnet der Autor die vielschichtige Begriffs- und Ideengeschichte nach. *Keller* zeigt deutlich, in welchem Spannungsverhältnis sich der Neokonservatismus